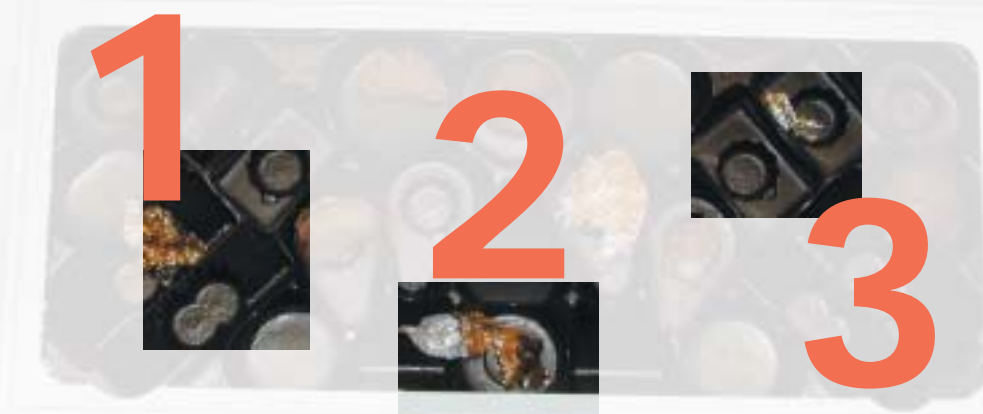


# Sprechblasen statt Politik

*Die Sache hat System: Der Senat veröffentlicht Überschriften unter dem Motto „Angepackt und durchgesetzt“, viele sind auf den ersten Blick beeindruckt, aber außer der Pressemeldung steckt nichts dahinter. Im Gegenteil werden wichtige Strukturentscheidungen nicht getroffen, sondern nur verschoben. Was bleibt, sind reine Mogelpackungen. Typisch für die SPD - und die PDS macht mit.*

## ROT/ROTE MOGELPACKUNGEN



### Opernreform

Der Durchbruch sei geschafft, die drei Berliner Opernhäuser bleiben erhalten - unter dem Dach einer Opernstiftung (früheres CDU-Konzept) und mit Unterstützung des Bundes. So Kultursenator Flierl gegenüber der erleichterten Öffentlichkeit. Die Wahrheit ist, dass nichts geklärt ist. Der Bundestag hat in Sachen Bundeshilfe nichts beschlossen, geschweige denn überhaupt schon einmal darüber beraten. Die finanzielle Zukunft der Stiftung ist völlig unklar. Gehen die drei Häuser mit insgesamt über 10 Millionen Euro Defizit am 1. Januar 2004 in die Stiftung über, dann ist bereits in der Geburtsstunde das Ende in Sicht. Die erwirtschafteten Rücklagen der Staatsoper in Höhe von 7 Millionen Euro hat der Kultursenator erstmal dort aus der Kasse genommen, obwohl das Gebäude der Oper dringend saniert werden muss. Wie es weitergehen soll, ist mit Finanzsenator Sarrazin jedenfalls nicht geklärt. Der geht - trotz Stiftung - von der Schließung mindestens einer Oper aus.

### One-Stop-Agency

Ebenfalls ein altes CDU-Konzept, dass dereinst am Widerstand der SPD scheiterte. Die Idee, für Investoren und Unternehmen nur eine Ansprechstelle für alle Vorgänge innerhalb der Verwaltung anzubieten, ist gut und dringend nötig. Geblieben ist allerdings nur die Überschrift. Während PDS-Wirtschaftssenator Wolf die „neue“ Errungenschaft verkündet, hat SPD-Senator und Landesvorsitzender Strieder wie dereinst bereits die Axt ans Konzept gelegt. Die Wahrheit ist, dass die rot-rote One-Stop-Agency keinerlei Entscheidungsbefugnis hat. Bei unterschiedlichen Sichtweisen - zum Beispiel zwischen Bezirken, Senatsbauverwaltung, Umweltverwaltung und Wirtschaftsverwaltung - bleibt alles beim alten. Ohne schnelle Entscheidungen für Wirtschaft und Arbeitsplätze ist diese Einrichtung nichts weiter, als ein teurer Papientiger.

### Verwaltungsreform

Vor eineinhalb Jahren hat die noch vom Diepgen-Senat eingesetzte Expertenkommission zur Staatsaufgabenkritik (Scholz-Kommission) ihre umfangreichen Ergebnisse vorgelegt. Erst in den vergangenen Wochen hat der Wowerit-Senat seine Stellungnahmen (!) hierzu ins Parlament gebracht. Eine Schande, angesichts der laufenden Debatte über den öffentlichen Dienst. Schlimmer noch: Sämtliche Anträge von CDU und FDP zur schnellen Umsetzung der Ergebnisse und zur konsequenten Verwaltungsmodernisierung wurden jetzt in den Parlamentsausschüssen mit rot-roter Mehrheit abgelehnt. Der Scheinkonflikt mit den Gewerkschaften soll darüber hinwegtäuschen, dass SPD und PDS eine grundsätzliche Strukturreform mit Deregulierung und Flexibilisierung nicht wollen.



# Nachricht an das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika

Vor mehr als 50 Jahren wurde Deutschland von Amerika und seinen Verbündeten befreit. Dank der Hilfe der USA konnten die Deutschen ihren materiellen und moralischen Zusammenbruch überwinden und in den Kreis der westlichen Demokratien zurückkehren. Im Kalten Krieg senkte sich erneut der Schatten des Totalitarismus über das östliche Deutschland und Osteuropa. Die Vereinigten Staaten blieben fest an unserer Seite. Wieder war es Amerika, das unserem geteilten Land nach 1989 dabei half, sich in Frieden zu vereinigen.

Die Partnerschaft mit Amerika gehört zu den Grundlagen des demokratischen vereinigten Deutschland in einem sich vereinigenden Europa. Die Freundschaft zwischen Deutschland und Amerika ist ein wichtiges Fundament des modernen Deutschland. Am 11. September 2001, als New York und Washington von

Terroristen angegriffen wurden, stellten sich das deutsche Volk und seine Regierung spontan an die Seite der Vereinigten Staaten. Millionen Deutsche bekundeten ihr Entsetzen über die Anschläge, ihr Mitgefühl mit den Amerikanern und ihre Bereitschaft zu helfen. Das waren nicht nur Worte. Deutsche Soldaten halfen mit die Taliban zu besiegen. Sie spielten heute eine führende Rolle beim Wiederaufbau Afghanistans. Die Deutschen wissen, dass

der internationale Terrorismus nicht nur Amerika bedroht, sondern alle Länder, in denen Demokratie und Meinungsfreiheit gelten. Heute, da die Welt sich gegen Terrorismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wehren muss, bekräftigen wir die Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten. Die vergangenen fünf Jahrzehnte haben Deutsche und Amerikaner eng zusammengeführt. Die deutsch-amerikanische

Partnerschaft ist mehr als nur ein Zweckbündnis von Politik und Wirtschaft, so wichtig diese sein mögen. Sie ist eine Gemeinschaft der Werte. In dem Willen, diese zu verteidigen, sind Amerikaner und Deutsche vereint. Drei Generationen von Amerikanern und Deutschen schufen die Voraussetzungen dafür, dass ihre Länder in Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit leben können. Für die überwältigende Mehrheit der Deutschen bleiben die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von zentraler Bedeutung. Es darf nicht dazu kommen, dass die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen in der Irak-Frage dieses Bündnis zerstören. Wir, als Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin, werden keine Mühe scheuen, damit dieses Band zwischen Deutschland und Amerikas künftigen Generationen erhalten bleibt.

## The New York Times

Diese Nachricht an das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika wurde von Mitgliedern und Freunden der Atlantik-Brücke initiiert und unterschrieben. Sie erschien am 16. Februar 2003 als Anzeige in der New York Times. Auf der Grundlage der beson-

deren Beziehungen Berlins zum Volk der Vereinigten Staaten von Amerika bekräftigt das Abgeordnetenhaus von Berlin die Aussagen der Mitglieder und Freunde der Atlantik-Brücke. Die CDU-Fraktion hat den Text als Antrag in die Sitzung des Abgeordnetenhauses am 20. Februar 2003 eingebracht.

# SPD- Wohnungspolitik gescheitert

## WAS DROHT DEN MIETERN?

Der Beschluss des Senats, den Ausstieg aus der Anschlussfinanzierung des sozialen Wohnungsbaus der Jahrgänge 1987 - 1997 kommt einer Bankrotterklärung ihrer eigenen Wohnungspolitik gleich, sagt die CDU. Tausende von Mietern müssen jetzt bangen. Jahrelang habe sich die SPD in Berlin geweigert, überhaupt eine Diskussion über das 1972 von der SPD in Berlin eingeführte Modell der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus zuzulassen. Noch vor Monaten habe Senator

Strieder einen Antrag der CDU-Fraktion mit Lösungsvorschlägen zur Wohnungsbaufinanzierung im Bauausschuss mit Polemik zurückgewiesen. Das in Deutschland einmalige

Finanzierungssystem war von Anfang an unverantwortlich, auch wenn man die besondere Situation West-Berlins berücksichtigt. Der Ausstieg aus dem derzeit nur in Berlin praktizierten, jedoch nicht

bezahlbaren Fördersystem, sei grundsätzlich richtig. Die CDU-Fraktion beklage aber die unseriöse Art und Weise des Ausstiegs. Für die CDU steht im Vordergrund, dass die Mieter nicht überfordert werden dürfen. Sie fordert vom rot-roten Senat berechenbare Vorschläge sowohl für die Mieter als auch für die Eigentümer der betroffenen Bestände. Dabei steht für die CDU im Vordergrund, dass die Mieten für die Menschen bezahlbar bleiben müssen, die Menschen dürfen nicht aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Was könnte die Erhöhung für die Mieter bedeuten? Z.B. in Charlottenburg-Wilmersdorf Erhöhung um 3,81 Euro je Quadratmeter, in Lichtenberg 3,74 Euro, in Neukölln 4,10 Euro, in Mitte 4,38 Euro oder Steglitz-Zehlendorf 4,78 Euro.



# Gibt Rot-Grün Drogen frei?

Den Äußerungen von Gundula Barsch, Mitglied der Drogen und Suchtkommission der Bundesregierung, wonach "ein geordneter und selbstkontrollierter Drogenkonsum möglich ist" und wonach der Drogenkonsum in die "Lebenswirklichkeit der Menschen integrierbar und mit Wertemustern der Gesellschaft vereinbar sein kann", müsse schärfstens widersprochen werden, erklärte die Drogenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerlinde Kaupa.

Wenn man solchen Überlegungen zur Drogenprävention freien Raum ließe, verlöre man das oberste Ziel, eine suchtfreie Gesellschaft zu erreichen, und gebe der Legalisierung von Drogen den Weg frei. Das wäre ein verheerendes Signal für die Prävention. Eine Legalisierung von Drogen werde es mit der CDU/CSU nicht geben, so die Unions-Politikerin. Drogenpolitik gehöre zur Gesundheitspolitik und ziele auf Gesunderhaltung bzw. Wiederher-

stellung der Gesundheit - also Heilung der Drogenabhängigkeit ab. Wer nun propagiere, dass Drogenkonsum gestaltbar und in die Lebenswirklichkeit der Menschen integrierbar ist, gebe den Drogenabhängigen als heilbaren Patienten auf und verharmlose den Drogenkonsum in verhängnisvoller Weise. Wenn dies das Ziel der Bundesregierung sei, verstoße sie gegen die gesellschaftliche Werteordnung der Gesunderhaltung der Menschen.

## MITTE UND KREUZBERG-FRIEDRICHSHAIN

# Wollen Sie Fixerstuben?

Drogenkonsumraum heißt im Amtsdeutsch, was allgemein Fixerstube genannt wird. Der rot-rote Senat hat die Einrichtung solcher Räume beschlossen. Die CDU möchte nun von den Anwohnern wissen, was sie davon halten. In den Bezirksparlamenten von Mitte und Kreuzberg-Friedrichshain haben die Mehrheiten von SPD, PDS und Grünen die Anträge der CDU auf Befragung der Bürger abgelehnt.

Die CDU-Politiker Volker Liepelt für Moabit und Kurt Wansner für Kreuzberg-Friedrichshain sind sich einig, dass damit zentrale Treffpunkte für Drogensüchtige geschaffen würden, die an den ausgewählten Orten besondere Belastungen erzeugen. Volker Liepelt weist auf die Gefahr hin, dass sich Moabit neben dem bekannten "U-Bahn-Drogen-Express" und unweit des Bahnhofs Zoo zum zentralen Treffpunkt für Drogenabhängige und kriminelle Dealer entwickelt.

Vor allem würden Fixerstuben nicht verhindern, dass im Umfeld die Beschaffungskriminalität blüht und Anwohner als auch Geschäfte durch die Drogenszene belästigt würden. Daher stelle die Senatsentscheidung eine Absage gegenüber allen Bemühungen zur Aufwertung Moabits dar. Kurt Wansner wendet sich in Kreuzberg-Friedrichshain zu allererst gegen den gewählten Standort. Die Dresdner Straße 15 sei unmittelbar gegenüber einer Kita, die mehr als 110 Kindern täglich besuchten, gänzlich ungeeignet. Wenn man schon Druckräume für gesundheitspolitisch sinnvoll halte, was die CDU anzweifelte, so

Wansner, dann wäre eine Einrichtung im Krankenhaus am Urban sinnvoll. Die CDU hatte in der BVV außerdem vergeblich gefordert, die Gelder besser für Präventiv- und Aktionstage an den Schulen des Bezirkes einzusetzen. Bei nur zehn Stunden Öffnungszeit in der Woche, werde sich vieles wieder in der unmittelbaren Nachbarschaft, in Hausfluren und auf Spielplätzen abspielen. Die CDU-Verbände wünschen sich die Meinung der Bürgerinnen und Bürger. An den Aktionsständen oder etwa unter [www.cdu-moabit.de](http://www.cdu-moabit.de) bzw. in Kreuzberg-Friedrichshain. Cdukv0502@aol.com

